

Monatsspiegel



Juni 2010

SPD Erlangen



Adressaufkleber

Afghanistan – Wo bitte ist der Ausgang?

Oder: „Wer A sagt, der muss nicht B sagen. Er kann auch erkennen, dass A falsch war.“ (Bertolt Brecht)

Situation nach ca. neun Jahren Krieg

Primär mit Waffengewalt wird in Afghanistan gegen „den Terror“ gekämpft. Sicherer geworden ist die Welt dadurch nicht – ganz im Gegenteil! Demokratie, Menschenrechte und Frieden in Afghanistan sind heute auch nicht Realität und scheinen ferner erreichbar denn je. Die Zahl der getöteten Zivilpersonen erreichte nach UN-Angaben 2009 ihren höchsten Stand. Aufbauarbeit und entwicklungspolitische Projekte sind fast vollständig zum Erliegen gekommen. Nicht nur die „Operation Enduring Freedom (OEF)“ zur Bekämpfung des Terrors ist gescheitert, sondern genauso die ISAF-„Schutztruppe“ mit ihrem „robusten“ Kampfauftrag, die in der Praxis von der OEF immer weniger unterscheidbar wird. Ein sicheres Umfeld für den Wiederaufbau des Landes wurde in keinsten Weise erreicht.

Die gesteckten Ziele bei der Lage der Frauen und Mädchen, der allgemeinen Menschenrechtslage sowie beim wirtschaftlichen und politischen Aufbau

des Landes wurden nicht annähernd erreicht. 20 % der Bevölkerung leiden Hunger, die Zwangsverheiratung minderjähriger Mädchen ist Alltag. Die Landwirtschaft liegt darnieder, es blüht nur der Mohn und das Drogengeschäft – Afghanistan hat einen Weltmarktanteil von ca. 90 % am Opiumhandel!

Beherrscht wird das Land von Warlords und korrupten Politikern, der offensichtlich mit vom Westen tolerierter Wahlfälschung wiedergewählte Präsident Karsai ist in Wahrheit nicht viel mehr als der Bürgermeister von Kabul.

Der Zulauf zu Al-Qaida und den Taliban wird größer. Auch außerhalb Afghanistans haben sich die Anschläge erhöht. Deutschlands Sicherheit wird so nicht verteidigt, sondern vermindert.

Über 100000 ausländische Soldatinnen und Soldaten, darunter ca. 4500 aus Deutschland, sind heute in Afghanistan. Die Menschen fühlen sich durch diese nicht befreit, sondern besetzt. Dies erzeugt einen fruchtbaren Boden für den bewaffneten Widerstand. Nun ist statt

Von Andreas Richter

Friedensbeauftragter im SPD-Kreisvorstand



einem Abzug eine Erhöhung der Zahl der SoldatInnen um 40000 geplant, davon sollen 850 aus Deutschland kommen.

Unverhältnismäßigkeit und Völkerrechtsbruch

Sowohl OEF als auch ISAF führen immer häufiger Luft- und Artillerieangriffe durch. Bei solchen Fernangriffen kann nicht klar zwischen „Feinden“ und ZivilistInnen unterschieden werden. Dies ist nicht nur unverhältnismäßig, sondern auch ein klarer Bruch des humanitären Völkerrechts.

Besonders problematisch ist die Rolle des Kommandos Spezialkräfte (KSK), das parlamentarisch kaum kontrolliert wird. Das KSK war auch in das Kundus-Massaker involviert.

Fortsetzung auf Seite 3

■ Termine

03.06.	19:00	Projektgruppe Internet	Kulisse	S. 9
08.06.	19:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Am Bach 17	S. 21
08.06.	20:00	Jusos: Mitgliederversammlung	August-Bebel-Haus	S. 22
09.06.	20:00	„Hör mal Rot!“	August-Bebel-Haus	S. 11
09.06.	20:00	AK Wirtschaftspolitik	August-Bebel-Haus	S. 6
09.06.	20:00	AsF: Film mit Diskussion	Neustädter Kirchenplatz 7	S. 22
09.06.	20:00	Distrikt Süd: Distriktsversammlung	Röthelheim-Biergarten	S. 20
15.06.	20:00	Distrikt Eltersdorf: Treffen	Schützenhaus	S. 20
16.06.	20:00	Distrikt West: „Wie weiter im Stadtwesten?“	Scheune	S. 21
17.06.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Angerwirt	S. 3
22.06.	19:00	AsJ: Gründungsversammlung	Kulisse	S. 9
22.06.	20:00	Jusos: Mitgliederversammlung	August-Bebel-Haus	S. 22
25.06.	17:00	Geburtstagsempfang für Wolfgang Vogel	Zur Einkehr	S. 7
30.06.	07:56	60plus: Tagesfahrt nach Jena	Bahnhof (Treffpunkt)	S. 21
30.06.	20:00	Distrikt Anger: Distriktsversammlung	Angerwirt	S. 20
02.07.	20:00	Linkes Forum	Orpheus	S. 18
06.07.	20:00	Jusos: Mitgliederversammlung	August-Bebel-Haus	S. 22

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzender: Dieter Rosner
Geschäftsführerin: Sabine Wehner
Friedrich-List-Straße 5
91054 Erlangen
Telefon: 09131-8126522
Fax: 09131-8126513
E-Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: www.spd-erlangen.de
Bankverbindung: Sparkasse Erlangen, BLZ 76350000, Konto-Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag 10:00 bis 12:00 Uhr
Dienstag 10:00 bis 12:00 Uhr
Mittwoch 10:00 bis 12:00 Uhr
Donnerstag 16:00 bis 18:00 Uhr
Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen
Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und
Leitung
Philipp Dees
Lichtenfelser Weg 6
91056 Erlangen
Telefon: 09131-483791
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck: Gutenberg Druck und Medien,
Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

Kundus-Massaker – eine neue Dimension

Das Massaker bei Kundus wegen zwei gestohlenen Tanklastwagen stellt einen neuen, traurigen Rekord an Brüchen des Völkerrechts dar – ausgerechnet angeordnet vom Bundeswehr-Offizier Oberst Klein. Bis zu 142 Personen, darunter viele Zivilisten, es wird von zwei Dritteln gesprochen, wurden bei diesem Luftangriff getötet, viele weitere verletzt. Angesichts der fehlenden Verhältnismäßigkeit und des Fehlens eines wirklichen militärischen Grundes für die Bombardierung handelt es sich bei diesem Angriff um ein Kriegsverbrechen nach den Genfer Konventionen und dem deutschen Völkerstrafgesetzbuch von 2002.

Das fünfmalige (!) Angebot der ausführenden US-Piloten, die Tanklastwagen zunächst im Tiefflug zu überfliegen, um die anwesenden Menschen zu vertreiben, wurde von Klein stets abgelehnt. Sein Flugleitoffizier äußerte zudem auf die Frage eines Besatzungsmitglieds klar und deutlich: „Wir wollen versuchen, die Leute zu treffen“.

Der neue Verteidigungsminister zu Guttenberg (CSU) verteidigte das Kriegsverbrechen selbst dann noch als „militärisch angemessen“, als er den geheimen ISAF-Untersuchungsbericht bereits vollständig kannte. Als diese These später zu offensichtlich unhaltbar geworden war, äußerte Guttenberg immer noch sein „Verständnis bezüglich Oberst Klein“. Ein solcher Minister ist wie sein Vorgänger Jung (CDU) untragbar.

Im Übrigen wusste möglicherweise auch Kanzlerin Merkel bereits frühzeitig über Details Bescheid.

Das Strafverfahren gegen Oberst Klein wurde mittlerweile von der gegenüber der Bundesregierung weisungspflichtigen Bundesanwaltschaft eingestellt, in der Folge dann ebenso das Disziplinarverfahren. Die Gerechtigkeit bleibt wohl leider auf der Strecke.

Ziviler Aufbau – nur zweitrangig

Gegenüber dem Militär ist der zivile Aufbau nur von untergeordnetem Rang. Die Ausgaben der BRD für das Militär sind viermal so hoch wie die für zivile Hilfe. Hinzu kommt das Problem der sog. „zivil-militärischen Zusammenarbeit“. Diese wird gerade von den Entwicklungsorganisationen abgelehnt, weil die Vermischung von militärischen und zivilen Tätigkeiten Unabhängigkeit und Ansehen der zivilen Hilfsorganisationen bei der afghanischen Bevölkerung

in Frage stellen, was auch die Sicherheit der AufbauhelferInnen gefährdet.

Zivile Hilfsorganisationen bestätigen immer öfter, dass Hilfe dort am besten geleistet werden kann, wo sich keine Truppen befinden.

Wege zum Frieden – den Ausstieg wagen

Der gescheiterte Weg des Krieges muss beendet werden. Um Frieden, Aufbau und Demokratisierung für Afghanistan zu erreichen, müssen die vorhandenen Mittel vom Militär in zivile Hilfen umgeschichtet werden. Zivile Hilfsorganisationen müssen unabhängig vom Militär agieren können.

Sofort beendet werden muss nicht nur die Beteiligung Deutschlands an der Operation Enduring Freedom, wie es die SPD-Bundestagsfraktion fordert, sondern ebenso der Tornado-Einsatz der Bundeswehr.

Der internationale Militäreinsatz in Afghanistan ist komplett innerhalb von bis zu eineinhalb Jahren zu beenden. Innerhalb dieses Zeitraums muss auch der geordnete Rückzug der Bundeswehr erfolgen.

Sollte innerhalb der internationalen Gemeinschaft trotz ausreichender Bemühungen in realistischer Zeit kein Konsens über eine solche Exit-Strategie

erreicht werden können, muss die Bundeswehr den geordneten Rückzug ihrer Soldaten bereits vorher beginnen.

Das ISAF-Mandat, das trotz Herumlavierens der Bundesregierung nichts anderes als einen Kriegseinsatz darstellt, ist im Rahmen der UNO sofort auf einen klassischen Blauhelmeinsatz ohne sog. „robustes Mandat“ für Kampfeinsätze zurückzufahren.

Was kann die Sozialdemokratie tun?

Die Meinung der Menschen in Deutschland ist eindeutig: Über zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger lehnt den Afghanistan-„Einsatz“ ab. Ihnen ist klar, dass man Frieden, Demokratie und Aufbau nicht herbeibomben kann, im Gegenteil.

In den Niederlanden hat die sozialdemokratische PvdA den Kriegseinsatz nicht mehr mittragen wollen, worauf die Regierung mit den „christlich“-konservativen Parteien geplatzt ist. Interessant ist hierbei, dass die früher unbedeutende, ex-maoistische Sozialistische Partei mittlerweile fast so stark ist wie die PvdA. Diese konnte sich mit einem klaren Kurs gegen den Kriegseinsatz wie gegen soziale Kürzungen profilieren, auch wenn sie bei den Kommunalwahlen

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung

am Donnerstag, den 17. Juni 2010, 20.00 Uhr

Angerwirt, Guhmannstraße 10

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. **Zivile Konfliktlösung und Entwicklungspolitik als Alternative zu Kriegseinsätzen:** Erfahrungen aus der friedenspolitischen Arbeit
Referent: Reiner Braun, Historiker und Journalist, Geschäftsführer von IALANA, Sprecher der „Kooperation für den Frieden“ (Informationen zu IALANA auf Seite 4)
3. Anträge
4. Berichte aus den Disktrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

Dieter Rosner

Dirk Goldenstein

Sandra Radue

len, die einen starken Zuwachs für die Rechtspopulisten/-radikalen brachten, ebenfalls stark Federn lassen mussten.

In Deutschland dagegen entschloss sich die breite Mehrheit der SPD-Bundestagsfraktion, den Krieg weiter mitzutragen, obwohl die Regierung ihre Stimmen nicht einmal mehr benötigt hat. Begründet wurde dies von Partei- und Fraktionsspitze, dass Schwarz-Gelb der SPD „sehr weit entgegengekommen“ sei. Konkret war damit vor allem eine Wischi-waschi-Formulierung eines möglicherweise stattfindenden Ausstiegs gemeint. Dafür stimmten Partei- und Fraktionsführung einer Truppenaufstockung zu. Wie Steinmeier und Gabriel dann auf die Bewertung gekommen sind, die SPD habe sich „durchgesetzt“, bleibt wohl ihr Geheimnis.

Bermerkenswert ist hier noch, dass Gabriel eigentlich wenigstens einen Truppenabzug innerhalb von drei Jahren fordern wollte, wovon ihn Steinmeier abgehalten hatte.

Zur Farce wird die Positionsfindung der SPD schließlich durch eine pseudo-demokratische „Basisbeteiligung“. Diese bestand darin, einfach alle eingehenden E-mails, Briefe und Anrufe – egal, ob von einzelnen GenossInnen, Gliederungen oder anderen Strukturen - zu zählen und zu schauen, was die Mehrheit ist. Für den Kurs der SPD-Spitze kam eine knappe Mehrheit von 56 % heraus. Angeblich wurden die SPD-Gliederungen vorher angeschrieben und um Beteiligung gebeten. Leider haben wir das in Erlangen erst nach Abschluss der Befragung erfahren.

Es wird Zeit, dass SPD-Partei- und Fraktionsführung endlich die Realität des Scheiterns des Afghanistankriegs erkennen und den Ausgang suchen. Eine Beteiligung der Basis an der Entscheidung ist richtig und wünschenswert, aber bitte in Form einer ernsthaften Diskussionsmöglichkeit und im Rahmen demokratisch legitimer Strukturen.

Informationen zu IALANA

IALANA (Internationale Juristen und Anwälte für den Frieden) ist eine überparteiliche und unabhängige internationale Organisation von Juristinnen und Juristen, die sich für gewaltfreie Konfliktlösungen engagiert. Die deutsche Sektion wurde 1989 in Bonn gegründet.

Was wir wollen

Weltweite wirksame Ächtung aller Massenvernichtungswaffen
Entstanden ist IALANA aus Sorge um die menschliche Zivilisation angesichts der Bedrohung durch atomare, biologische und chemische Massenvernichtungswaffen. Im



Zentrum unserer Bemühungen steht deshalb, nach der erfolgten vertraglichen Ächtung der B- und C-Waffen, nun ein weltweites und wirksam kontrolliertes Verbot aller Nuklearwaffen zu erreichen.

Zurückdrängen des Faustrechts durch Stärkung des Rechts
Bei innerstaatlichen Konflikten sind rechtsförmige Verfahren zur Konfliktlösung seit langem selbstverständlich und akzeptiert. Unsere Grundvorstellung ist, dass dieses »zivilisatorische Niveau« der Abschaffung des Faustrechts auch auf internationaler Ebene endlich erreicht werden muss. Wir sind überzeugt, dass es eine friedlichere Welt nicht ohne Stärkung des Rechts geben wird.

Was wir tun

Wir nehmen Stellung zu aktuellen Konflikten, die zum Ausbruch von Kriegen und Bürgerkriegen führen können oder führen.
Wir prüfen und entwickeln juristische Argumente und zeigen dadurch Handlungsspielräume und Grenzen im Bereich der Militärpolitik auf nationaler und internationaler Ebene auf.
Wir entwickeln Vorschläge zur Stärkung der Stellung von Bürgerinnen und Bürgern bei der Verifikation und Durchsetzung von internationalen Abkommen im Bereich der Abrüstung, des Umweltschutzes, der Bekämpfung von Korruption und des Schutzes der Menschenrechte (»Societal Verification«).

Wir haben hierzu zusammen mit der »Vereinigung Deutscher Wissenschaftler« (VDW) und der »Ethikschutzinitiative« (INESPE) einen »Whistleblower-Preis« gestiftet, mit dem Persönlichkeiten für ihr zivilcouragiertes Verhalten ausgezeichnet werden.

Unsere Vorschläge

Bestehende Einrichtungen und Verfahren zur Konfliktregulierung müssen künftig besser genutzt und geltende völkerrechtliche Regeln strikt beachtet und effektiv durchgesetzt werden.

Alle Staaten müssen sich endlich verbindlich der Gerichtsbarkeit des Internationalen Gerichtshofes (IGH) unterwerfen; auch Deutschland hat dies auf Druck der IALANA getan, allerdings mit dem Vorbehalt, dass die Bundeswehr mit ihrem Handeln außerhalb der Gerichtsbarkeit verbleibt. Das muss sich noch ändern.

IALANA hat die Etablierung des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) unterstützt. Schwere völkerrechtliche Verbrechen können strafrechtlich wirksam geahndet werden. Allerdings fehlt noch eine verbindliche Definition des Verbrechens der Aggression.

Frühzeitiges Erkennen und konstruktives Eingreifen durch internationale Organisationen bei entstehenden zwischenstaatlichen Konflikten oder drohenden Bürgerkriegen kann diese Eskalation verhindern. Internationale Organisationen wie die UNO und die OSZE müssen deshalb gerade im Bereich der Prävention gewaltförmiger Konflikte und der frühzeitigen nichtmilitärischen Intervention gestärkt werden.

Bei der Lobby-Arbeit gegenüber dem Europäischen Verfassungskonvent konnte eine Intensivierung der zivilen Konfliktbearbeitung erreicht werden, die in den Vertrag von Lissabon übernommen wurde. Ganz knapp gescheitert ist die Etablierung einer Agentur für Zivile Konfliktbearbeitung. Diese wird aber mit dem so genannten Stabilitätsinstrument weiter verfolgt

Redaktionsschluss

für den nächsten Monatsspiegel

Juli/August 2010

25. Juni 2010

Frieden für Afghanistan

Antrag an die Kreismitgliederversammlung

Antragsteller: Andreas Richter, Friedensbeauftragter im SPD-Kreisvorstand

AdressatInnen: Bezirksparteitag, Bundesparteitag, Parteivorstand, Presse

Die SPD setzt sich für die schnellstmögliche Beendigung des Afghanistankrieges ein. Hierzu sind folgende Schritte einzuleiten:

1. Die Beteiligung Deutschlands an der Operation Enduring Freedom und der Tornado-Einsatz der Bundeswehr sind sofort zu beenden.
2. Das ISAF-Mandat, das einen Kriegseinsatz darstellt, ist im Rahmen der UNO sofort auf einen klassischen Blauhelmeinsatz ohne sog. „robustes Mandat“ zurückzufahren.
3. Der internationale Militäreinsatz in Afghanistan ist komplett innerhalb von bis zu eineinhalb Jahren zu beenden. Innerhalb dieses Zeitraums muss auch der geordnete Rückzug der Bundeswehr erfolgen. Sollte innerhalb der internationalen Gemeinschaft trotz ausreichender Bemühungen in realistischer Zeit kein Konsens über eine solche Exit-Strategie erreicht werden können, muss die Bundeswehr den geordneten Rückzug ihrer Soldaten bereits vorher beginnen.

4. Statt Militär müssen die zivilen Hilfen für die Menschen in Afghanistan drastisch erhöht werden.

Begründung:

Krieg – und mag man ihn auch Stabilisierungseinsatz nennen – kann kein Mittel sein, den AfghanInnen Frieden, Demokratie und Menschenrechte beizubringen. Vielmehr schürt er in der dortigen Bevölkerung in zunehmendem Maße wachsende Ressentiments gegenüber der Präsenz ausländischer Truppen. Diese werden immer stärker als Besatzer und nicht als Befreier gesehen. Zudem erschwert der Kriegseinsatz die zivilen Hilfen. Zivile Hilfsorganisationen bestätigen immer öfter, dass Hilfe dort am besten geleistet werden kann, wo sich keine Truppen befinden. Fremdherrschaft ist der Nährboden, wo Konflikte in Afghanistan erst wachsen. Nur im Frieden ist Wiederaufbau und Entwicklung möglich. Bislang steht allerdings nur ein Bruchteil des Geldes, das für den Kriegseinsatz aufgewendet

wird, für zivile, humanitäre Hilfe zur Verfügung. Eine friedliche und an den Interessen der Bevölkerung orientierte Entwicklung Afghanistans ist so nicht möglich.

Schließlich führt eine ehrliche Bestandsaufnahme des in bisher acht Jahren erzielten „Erfolges“ des NATO-Einsatzes zu einem niederschmetternden Ergebnis:

Die Sicherheitslage für die Zivilbevölkerung hat sich zunehmend verschärft. Statt der Wirtschaft blühen Mohnfelder und Korruption. Der Einfluss der Regierung Karsai ist fast ausschließlich auf Kabul beschränkt. Die meisten Regionen Afghanistans werden von Warlords und Drogenbaronen beherrscht. Das militärische Vorgehen schürt Wut auf die westliche Welt. Der Zulauf zu Al-Qaida und den Taliban wird größer. Auch außerhalb Afghanistans haben sich die Anschläge erhöht. Deutschlands Sicherheit wird so nicht verteidigt, sondern vermindert.

Protokoll der Jahreshauptversammlung des Kreisverbands vom 22. April 2010

1. Eröffnung und Begrüßung, Ehrung der Verstorbenen

Dieter Rosner begrüßt alle Anwesenden und beglückwünscht Philipp Dees zur Wahl zum Juso-Landesvorsitzenden sowie Michelle Starck zur Wahl in den Juso-Landesvorstand. Anschließend werden die im letzten Jahr Verstorbenen geehrt.

2. Konstituierung

- a) Wahl der Versammlungsleitung Als Versammlungsleiter wird Philipp Dees vorgeschlagen. Er wird einstimmig gewählt.
- b) Beschluss der Tagesordnung Es wird vorgeschlagen, den Punkt 3 b) aus der im Monatsspiegel abgedruckten Tagesordnung zu streichen, erstens

weil Mavis im Moment nicht funktioniert und zweitens weil Sandra Rade (die den Punkt vorbereitet hatte) wegen Krankheit nicht anwesend ist. Gegen den Vorschlag gibt es keine Einwände, damit ist Punkt 3b) gestrichen.

3. Rechenschaftsberichte

- a) des Kreisvorsitzenden: Der Rechenschaftsbericht liegt schriftlich vor, Dieter Rosner ergänzt ihn auf der Versammlung mündlich, um Impulse für die anschließende Diskussion zu geben. Im Mittelpunkt stehen einige wichtige Fragen:
 - Wo war die SPD in der Hartz-IV-Debatte?
 - Wie können wir wieder in der Ge-

sellschaft ankommen und „Tritt fassen“?

- Wie sieht es mit der innerparteilichen Demokratie wirklich aus?
- Ist die Erlanger SPD noch eine Mitgliederpartei? (Hintergrund: Bei der KMV sind nur 40 von 540 Mitgliedern anwesend)

Dirk Goldenstein ergänzt den Bericht von Dieter Rosner mit einem Ausblick in die Zukunft: Debatten sollen auch über den Monatsspiegel geführt werden, die KMVen sollen attraktiver gestaltet werden, Neumitglieder sollen mit der Kampagne „Frühlinkserwachen“ gewonnen werden. Außerdem dankt er der Bezirkstagsabgeordneten Gisela Niclas und der Stadtratsfraktion für ihre gute Arbeit.

- b) Gleichstellungsbericht: entfällt, s.o.
 c) der Arbeitsgemeinschaften AsF, 60+, Jusos Die Rechenschaftsberichte der drei Arbeitsgemeinschaften liegen alle schriftlich vor, werden aber durch Saskia Coerlin (AsF), Michelle Starck (Jusos) und Hartmut Wiechert (60+) auch mündlich vorgetragen.
 d) Kassenbericht und Bericht der Revisorin Kassenbericht durch Günter Laurer: Die Konsolidierung war erfolgreich, es konnten Rücklagen gebildet werden. Bericht der Revision durch Heide Mattischek: Die Kassenprüfung wurde am 09.02.2010 durchgeführt, es wurden keine Abweichungen festgestellt. Die Entlastung der Kassenführung wird beantragt und einstimmig beschlossen.
 e) Aussprache zu den Berichten Es findet eine Aussprache zu den Berichten statt.

4. Nachwahlen zum Kreisvorstand

Entfallen mangels Wahlvorschlägen

5. Anträge

Es liegen keine Anträge vor. Heide Mattischek gibt jedoch die Anregung, dass die SPD in Zukunft das Spendenvolumen für die San Carlos Projekte bekannt zu geben. Dies findet Zustimmung bei der Versammlung.

6. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften

Bericht von Florian Janik über die Koalitionsvorgespräche mit der CSU: Es wurde von seiten der SPD deutlich gemacht dass eine Zusammenarbeit mit der CSU nur möglich ist, wenn ein Politikwechsel (soziale Gerechtigkeit, BürgerInnenbeteiligung) stattfindet. Mittlerweile zeigt die CSU kein Interesse mehr an einer Zusammenarbeit mit der SPD.

7. Verschiedenes

- Einladung zum 1. Mai
- Einladung zum UB-Parteitag am 30.04.2010
- Einladung zur Bundeswahlkreis-

ferenz am 14.05.2010 im Haus des Handwerks

- Fraktion vor Ort am 15.05. im Distrikt Bruck
- Einladung zur nächsten KMV am 17.06.2010 (Thema: Frieden)
- Hinweis auf das Sommerfest zum 140jährigen Bestehen der SPD Erlangen (11.09.2010, Neustädter Kirchplatz)
- Für den Infostand der SPD am 1. Mai werden noch HelferInnen gesucht
- Hinweis auf Veranstaltung am 28.04.2010 vom Verein zur Förderung alternativer Medien
- Am letzten Juniwochenende findet in Cumiana ein Gedenken an das dortige Massaker statt
- Bericht von Helga Steeger von der Veranstaltung zum Thema „Wohnen im Alter“ in Tennenlohe: Altersgerechte Mietwohnungen sind nicht vorgesehen
- Die SPD Erlangen macht am 6. Mai beim „Firmenlauf“ mit
- Dieter Rosner hält ein Schlusswort

Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis

Wir treffen uns wieder am

Mittwoch, 9. Juni um 20 Uhr im Sitzungszimmer des August-Bebel-Hauses

Außer „Aktuelles“ wollen wir den Beschluss des SPD-Präsidiums vom 15.03.10 „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“ diskutieren und unter Umständen dazu einen Antrag an die KMV zur Weiterleitung an den Bundesparteitag entwerfen.

Helmut Pfister

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Juni Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute

- 01.06. Willibald Friedrich
73 Jahre
- 01.06. Wolfgang von Rimscha
73 Jahre
- 03.06. Heinz Triftshäuser
80 Jahre
- 04.06. Karin Zwanzig von Traboritzki
72 Jahre
- 06.06. Ruhi Teksifer
75 Jahre
- 06.06. Gisela von Rimscha
74 Jahre
- 07.06. Karl Gnad
80 Jahre
- 09.06. Gerlinde Köhn
65 Jahre



- 19.06. Erich Reim
90 Jahre
- 22.06. Wolfgang Vogel
60 Jahre
- 30.06. Jolanda Klar
65 Jahre

Ruhi Teksifer, der „Mittler zwischen zwei Kulturen“, wird 75!

Der SPD-Kreisverband Erlangen und die SPD-Stadtratsfraktion gratulieren Ruhi Teksifer ganz herzlich zum 75. Geburtstag am 6. Juni. Wir bedanken uns für sein langjähriges berufliches und ehrenamtliches Wirken in unserer Stadt. Wir danken für das Engagement eines türkischen Genossen mit einer zweiten, der deutschen Staatsangehörigkeit in und mit der Erlanger Sozialdemokratie.

Wenn wir seine Lebensgeschichte genau betrachten, dann lässt sich darin exemplarisch die Erfolgsgeschichte einer Einwanderung mit gelungener Integration und Partizipation entdecken.

In den sechziger Jahren hat Ruhi seine Heimat – die Stadt Istanbul – verlassen, um nach Deutschland zu kommen. Hier war er – aus deutscher Sicht – zuerst einmal Gastarbeiter mit einem einjährigen Arbeitsvertrag, einer „Hier-Sein-und-Arbeiten-Erlaubnis“ auf Zeit. 1964 hat er in Strullendorf als Metallarbeiter begonnen. 1965 kam er nach Erlangen zu Frieseke und Höpfner, als Hilfsfräser.

Istanbul, Strullendorf, Erlangen – das Einleben in eine andere Kultur war anfangs vermutlich nicht ganz einfach und verlief bestimmt nicht immer reibungslos. Zuwanderung ist stets beides: Belastung und Bereicherung. Man kann über das eine nicht sprechen, ohne auch das andere zu sehen und zu nennen. Viele Vorurteile, die uns die Zuwanderung und der Kontakt mit anderen Kulturen gebracht haben, nehmen wir mittlerweile (meist und zum Glück) gar nicht mehr wahr, weil sie für uns inzwischen selbstverständlich sind.

Genau diese Selbstverständlichkeit ist eine Eigenschaft, die Ruhi Teksifer durch sein vielfältiges Engagement in unseren Alltag hinein getragen hat. Sehr schnell wurde Ruhi ins Angestelltenverhältnis übernommen, wurde zum Vertrauensmann bei Frieseke gewählt. Und weil es für ihn selbstverständlich war, sich für die Menschen in seiner neuen Heimat einzusetzen, engagierte er sich vielfältig für unsere Gemeinschaft: Als Sozialberater, als Mitglied des Ausländerbeirats ab 1974 und als dessen Vorsitzender 1977 bis 1990, als langjähriger Sozialdemokrat, als Mitglied des Stadtrates von 1990 bis 2002 und in einer Reihe von Ehrenämtern, sei es im Türkischen Kulturverein oder als

ehrenamtlicher Richter am Sozialgericht, als engagierter Mittler und Beauftragter für die Partnerschaft mit Besiktas und als Vorsitzender des Vereins Erbes.

Und von dieser Selbstverständlichkeit haben alle profitiert. Ruhi, weil er hier eine neue, eine zweite Heimat gefunden hat. Und wir alle, weil er in seiner Rolle als Vermittler wesentlich dazu beigetragen konnte, wechselseitig die Kenntnisse zwischen der deutschen und türkischen Kulturtradition zu verbessern. Dafür hat er dann auch die verdienten Anerkennungen erhalten: 1980 den Ehrenbrief der Stadt Erlangen und 1983 das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der BRD, die Bayerische Staatsmedaille für soziale Verdienste 2005 und die Verleihung der Bürgermedaille der Stadt Erlangen 2007.

Ruhi hat die Belange der Mitbürger/innen mit Migrations zu einer Herzensangelegenheit gemacht und damit wesentlich dazu beigetragen, dass Integ-

■ **Von Dieter Rosner**

asasd
asdad
asdasd



ration als eine gesellschaftspolitische Aufgabe allererster Ordnung ernst und wahrgenommen wird.

Wir wollen weiter daran arbeiten, dass alle Menschen in unserer Stadt sich hier zuhause fühlen, gleichberechtigt, integriert, mit gleichen Rechten und Pflichten. Wir brauchen mehr denn je eine interkulturelle Öffnung der Gesellschaft. Denn es kommt nicht auf die Herkunft der Einzelnen an, sondern darauf, dass wir gemeinsam die Zukunft gewinnen. Die Biografie Ruhi Teksifers ist ein ermutigendes Beispiel und Verpflichtung.

Wir verbinden unseren Dank mit den besten Wünschen für Glück und Gesundheit!

Der SPD-Kreisverband Erlangen gratuliert unserem ehem. Landtagsabgeordneten Wolfgang Vogel zum 60. Geburtstag!

Am eigentlichen Geburtstag (22.6.) ist der Jubilar ausgeflogen, deswegen laden wir – der SPD-Kreisverband Erlangen und Wolfgang Vogel – sehr herzlich zu einem Empfang am 25.6. ein. Die Erlanger SPD will das Geburtstagskind offiziell und gebührend mit kurzen Reden würdigen, und anschließend werden wir mit toller Musik und bestem fränkischen Buffet zusammen feiern.

**Geburtstagsempfang zum 60. Geburtstag von Wolfgang Vogel, MdL a.D.
Freitag, 25. Juni 2010,
17.00 Uhr, Gasthof „Zur Einkehr“, Dorfstraße 14,
Erlangen-Büchenbach**

(Das Fest findet im Garten statt. Und damit das Wetter keinen Streich spielen kann, gibt es auch ein Zelt)

Wer dem Geburtstagskind unbedingt etwas schenken will: Wolfgang Vogel unterstützt Projekte in und für Armenien im Verein „Hajastan“. Über eine Spende auf das Vereinskonto Nr. 1567 187 (VR-Bank EHH - BLZ 763 600 33) – Stichwort „Geburtstags spende Vogel“ – würde er sich sehr freuen. Es wird auch ein „Spendentopf“ aufgestellt.

Eine Anmeldung ist zwingend erforderlich:

SPD-Kreisverband Erlangen
Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
Tel.: 09131/81265 22
Fax: 09131/81265 13
Mail: buero@spd-erlangen.de

Eine ausführliche Würdigung von Wolfgang Vogel erscheint im Monatsspiegel Juli/August

Juso-Unterbezirk: Massenpetition für den Atomausstieg – Unterzeichnung mit Umweltinitiativen

Anlässlich der z.Zt. laufenden Massenpetition der BayernSPD für den Atomausstieg an den Bayerischen Landtag sammelte der Unterbezirk Erlangen (Stadt und Landkreis) der Jusos in der SPD am Samstag in Erlangen Unterschriften.

„Nachdem erst kürzlich der Jahrestag des Super-GAUs von Tschernobyl, der die verheerenden Auswirkungen einer nie hundertprozentig beherrschbaren Technik, gezeigt hat, war, nehmen wir dies zum Anlass, weiter auf die Gefahren der Atomenergie hinzuweisen“, teilte der Juso-Vorsitzende Andreas Richter mit.

Um 13 h fand eine gemeinsame Unterzeichnung mit Prof. Martin Hundhausen und Katrin Hurlle von Sonnenergie Erlangen bzw. der Initiative „Sonne nutzen auf jedem Dach“ sowie Susanne und Stefan Jessenberger vom Ökosozialen Forum bzw. Plants for the Planet statt.

„Ziel der Petition ist, den Druck auf die Bayerische Staatsregierung und auf die Bundesregierung zu erhöhen, alle Pläne für den Ausstieg aus dem



Von rechts nach links: Prof. Martin Hundhausen, Katrin Hurlle (beide „Sonne nutzen auf jedem Dach“), Stefan Jessenberger (Ökosoziales Forum), der Juso-Vorsitzende Andreas Richter, die stellv. SPD-Fraktionsvorsitzende Barbara Pfister, Susanne Jessenberger (Plants for the Planet) sowie weitere Juso- und SPD-Mitglieder

Atomausstieg einzustellen, und ihnen klarzumachen, dass Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke keine Akzeptanz in der Gesellschaft haben. Eine zukunftsfähige und umweltfreundliche

Energieversorgung ist nur mit regenerativen Energien möglich“, so Richter.

Die Petition kann noch bis zum 13.6. auch online unter atomausstieg.spd-landtag.de unterzeichnet werden.

kostenlos

JETZT zu uns wechseln!

direktgiro

Das kostenlose Online-Girokonto der Sparkasse Erlangen für Privatkunden:

- keine Grundgebühr
- kein Durchschnittsguthaben
- kein Mindesteingang
- alle Online- und SB-Terminal-Buchungen kostenlos

Sämtliche Kontoumstellungen erledigen wir gerne für Sie!
Weitere Informationen bei unseren Beratern,
unter 09131 824-500 (Mo. - Fr. jeweils von 8:00 Uhr bis 20:00 Uhr),
oder unter www.sparkasse-erlangen.de

 Sparkasse
Erlangen

Projektgruppe Internet

Liebe Genossinnen und Genossen, die Juli-KMV soll das Thema „Internet“ behandeln. Die Diskussion um Zensur im Internet, Vorratsdatenspeicherung, der Zulauf der Opensource-Bewegung und die Erfolge der Piratenpartei zeigen, dass die Fragen nach Freiheit und Sicherheit in Internet und Datenverarbeitung wichtige Themen geworden sind. Wir wollen dieses Thema in einer neuen Arbeitsform angehen: der Projektgruppe. Die Projektgruppe soll nicht nur aus Genossinnen und Genossen bestehen, sondern es sollen ExpertenInnen und SympathisantInnen gezielt eingeladen werden, in der PG mitzuarbeiten. Die PG soll sich dreimal treffen um unterschiedliche Aspekte des Themas zu behandeln. Hierbei wollen wir insbesondere den Nichtmitgliedern zuhören. Aus der Diskussion soll der Leitantrag der KMV und der Monatsspiegelartikel entstehen. Ihr seid herzlich eingeladen, in der PG mitzumachen. Soweit Ihr potentiell Interessierte - innerhalb und ausserhalb der Partei - kennt, die sich für die Arbeit der PG interessieren könnten, dürft Ihr diese auch gerne zur PG einladen.

Folgende Termine sind geplant:

- Freiheit contra geistiges Eigentum: 3.6.2010, 19:00 Uhr, Kulisse Nebenraum
Im Bereich des Urheberrechts prallen die Interessen der Entwickler, die etwas entwickelt haben und nun wirtschaftlich verwerten wollen und die der Entwickler, die auf fremde Grundlagenleistung aufsetzen wollen (und teils müssen) aufeinander. Das kostenlose Downloaden von Musik führt oft zu überzogenen Abmahnkosten. Kopieren und Veröffentlichen ist so einfach wie noch nie. Paßt unser Urheberrecht, unser gewerblicher Rechtsschutz noch zur Realität?
- Überwachung und Datenschutz: Zeit und Ort werden noch bekanntgegeben und können im SPD-KV-Büro erfragt werden
Vorratsdatenspeicherung, Sperrung böser Internetseiten, Jugendschutz im Internet, das „Abhören“ des Emailverkehrs durch den Staat. Die dynamische technische Entwicklung erfordert ein grundsätzliches Nachdenken über Datenschutz, Post-

geheimnis, Pressezensur und andere Fragen in den elektronischen Medien. Leider wurden aus unserer Sicht die BürgerInnenrechte hier zu stark eingeschränkt. Wie kann Kriminalitätsbekämpfung ohne bedenkliche Einschränkungen von BürgerInnenrechten aussehen?

- Recht an den eigenen Daten: Zeit und Ort werden noch bekanntgegeben und können im SPD-KV-Büro erfragt werden

Was darf Google alles speichern? Wer und unter welchen Voraussetzungen darf mit unseren Daten auf facebook / xing und VZ Profilen Geld machen? Wie können die Daten von ArbeitnehmerInnen geschützt werden? Die Gefahr des gläsernen Menschen geht mittlerweile fast stärker von Privatunternehmen aus als vom Staat. Wie kann hier ein effektiver Schutz aussehen?

Um die Gastplatzzahlen besser kalkulieren zu können freuen wir uns über eine kurze Anmeldung zur PG über die KV-Geschäftsführerin Sabine Wehner (Telefon: 09131/81265-22, E-Mail: buero@spd-erlangen.de).

Andreas Richter, Dirk Goldenstein

Gründungsaufruf für die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen

Liebe Genossinnen und Genossen, um das rechtspolitische Profil unserer Partei zu schärfen und als Partei wieder im Umfeld der juristischen Berufsverbände und im Umfeld der juristischen und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät Präsenz zu zeigen, wollen wir in Erlangen einen eigenen ASJ-Unterbezirk gründen. Geplant sind monatliche Stammtische mit jeweils einem Fachvortrag mit anschließender Diskussion. Wo es sich eignet, soll dies in Antragsarbeit münden. Die Stammtische sollen bewusst auch Nichtmitgliedern offen



stehen und für diese attraktiv sein. Wir laden daher alle Juristinnen und Juristen aus der Erlanger SPD zur

Gründungsver-
sammlung am
22. Juni, 19:00 Uhr,
Kulisse Nebenraum
(Theatergasse Er-
langen)

ein. Bitte gebt diese Einladung an mögliche Interessierte weiter.

Am 15.6.2010 findet um 19:00 Uhr in der Kulisse (im

Gastraum) ein Vortreffen zur Vorbereitung der Gründung statt, zu der insbesondere diejenigen herzlich eingeladen sind, die in der ASJ Verantwortung (=Arbeit) übernehmen wollen.

Damit wir die Gastplätze planen können, bitten wir um eine Anmeldung über heidrun.meier@jura.uni-erlangen.de.

Heidrun Meier, Dipl.-Jur., Wiss. Mit.

Constanze Scheler, Rechtsanwältin

Die SPD: Viele Gesichter – Viele Geschichten

Die Geschichte von _____ ,
SPD-Mitglied seit _____

Foto
(Passbild)

Warum bin ich zur SPD gekommen?

Was habe ich in der SPD erlebt?

140 Jahre SPD Erlangen

Die SPD: Viele Gesichter – Viele Geschichten

Liebe Genossin, lieber Genosse,
Wir wollen beim Jubiläumsfest am 11. September deutlich machen, wie vielfältig die Geschichte der SPD ist. Deshalb bitten wir euch, uns eure Geschichte und eure Geschichten aus der SPD zu erzählen. Diese Geschichten wollen wir sammeln und am 11. September in einer Collage ausstellen.

Wir freuen uns auch auf deine Geschichte. Was hast du in der SPD erlebt? Welche Geschichten oder auch „Geschichtchen“ sind dir besonders in

Erinnerung geblieben? Warum bist du Mitglied geworden?

Du kannst deine Geschichte auf dem nebenstehenden „Formular“ aufschreiben und an das SPD-Parteibüro (Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen) schicken. Natürlich kannst du auch selbst eine Seite zu deiner Geschichte gestalten und uns per Post oder e-Mail (sandra.radue@spd-erlangen.de) zuschicken. Besonders schön wird das alles natürlich, wenn du deine Geschichte nicht nur aufschreibst, sondern sie mit Fotos gestaltest.

Wenn du deine Geschichte nicht (nur) aufschreiben, sondern erzählen möchtest, dann freuen wir uns auf deinen Beitrag zum „**Erzählcafé**“. Wir wollen auf dem SPD-Fest einen Raum anbieten, wo Genossinnen und Genossen ihre Geschichte erzählen können – und hoffen, dass du mitmachst. Melde dich dazu direkt bei Sandra Radue (Telefon 4003764, sandra.radue@spd-erlangen.de).

Wir freuen uns auf deinen Beitrag
Sandra, Katharina und Philipp

Hör mal Rot!

Liebe GenossInnen,
wir lassen die Geschichte auch akustisch lebendig werden! Zu diesem Zweck wollen wir bei unserem Fest am 11.9. auch Lieder aus der Geschichte der SPD und der Arbeiterbewegung präsentieren ... und alle singen mit!

Wir wollen zur Vorbereitung einen kleinen Projektchor gründen, der sich 3-4 mal trifft, um einige Lieder einzuüben. Im Vordergrund steht dabei der Spaß am Singen. Chorserfahrungen sind ausdrücklich nicht nötig. Je mehr wir werden, desto eindrücklicher das Ergebnis auf der Bühne! Deshalb unbedingt mitmachen!

Unterstützt werden wir freundlicherweise von einigen Mitgliedern der Musikwerkstatt, die sich spontan bereit erklärt haben, bei diesem Projekt mitzumachen.

Ein erstes Treffen findet statt am

**Mittwoch, den 9. Juni um
20.00 Uhr im August-Be-
bel-Haus**

Wir freuen uns auf viele Sängerinnen und Sänger.

Sandra, Katharina und Philipp für den Vorstand
Andrew Cross für die Musikwerkstatt

Rundgang zur Geschichte der ArbeitnehmerInnen in Erlangen

Unser Genosse Georg Seitz (rechts) führt durch die Geschichte der Erlanger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Startpunkt unseres Rundgangs ist der Sitz der IG Metall in der Friedrichstraße.



Wichtige Station: In der Südlichen Stadtmauerstraße erinnert eine Anschrift an den früheren Sitz der Konsumgenossenschaft, die 1901 durch unseren Genossen Anton Hammerbacher gegründet wurde.

Die Gruppe lauscht Georgs Ausführungen am Zielpunkt des Rundgangs. Am Zollhaus fanden lange Kundgebungen der Belegschaft der Firma Siemens statt, wenn für bessere Arbeitsbedingungen gekämpft wurde.



Betreuungsangebote stärken Eltern und Kinder

Liebe Genossinnen und Genossen, vor kurzem war ich auf den Ökumenischen Kirchentag in den Zirkus-Krone-Bau nach München eingeladen, um als Kinderbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion zum Thema „Tagesbetreuung oder Elternbetreuung“ zu diskutieren. Für mich ist das ein Gegensatz, der keiner sein darf: Kinder brauchen die Erziehung ihrer Eltern, aber sie brauchen auch Kinder zum gemeinschaftlichen Aufwachsen!

Mit dem Tagesbetreuungsbaugesetz (TAG) und dem Kinderförderungsgesetz (KiföG) - also in der rot-grünen und in der Großen Koalition – wurde die Kinderbetreuung auf Initiative der SPD mit großen gesellschaftlichen Mehrheiten vorangebracht: Es wurde vereinbart, dass bis 2013 mindestens 750 000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige bzw. eine Betreuungsquote von 35 Prozent erreicht werden soll. Viele Rückmeldungen - auch aus dem Landkreis Erlangen-Höchstadt - zeigen, dass der Bedarf bei jungen Familien noch viel höher ist.

Es handelt sich also nicht im ideologisch geprägte, sondern um pragmatisch fundierte Entscheidungen, die das Wohl von Kindern, Familien und Eltern gleichermaßen im Blick haben!

Was wurde beschlossen:

- Um den Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige zu beschleunigen und die Kommunen zu entlasten, beteiligt sich der Bund an der Finanzierung der Ausbauphase – also insbesondere an den Investitionskosten für neue Kinderkrippenplätze – bis 2013 mit 4 Mrd. Euro.
- Ab 2014 beteiligt sich der Bund dauerhaft mit jährlich 770 Mio. Euro an den Betriebskosten und damit an der frühkindlichen Bildungsinfrastruktur.
- Ab 2013 hat jedes Kind ab dem 1. Geburtstag einen Rechtsanspruch auf Förderung in einer Kindertageseinrichtung oder in der Tagespflege.
- 2009 lag die Betreuungsquote bei den unter Dreijährigen schon bei 20 Prozent (West 14,6 Prozent, Ost 46 Prozent).

- Selbst in CSU-regierten Kommunen wird mittlerweile eingestanden, dass die als Zwischenziel genannten 35% Betreuungsquote zu niedrig ge-griffen sind. Auch 2013 werden nach gegenwärtigem Stand des Ausbaus nicht ausreichend Plätze für Unter Dreijährige vorhanden sein.

Gerade junge, gut qualifizierte Mütter und Väter (oft im Umland der Ballungsräume München, Nürnberg und Augsburg) wollen das Angebot noch häufiger in Anspruch nehmen. Dies gilt es zu konstatieren, wenn man die soziale Wirklichkeit in unserem Land vorurteilsfrei erfasst.

Tagesbetreuung vs. Elternbetreuung – eine „Kontroverse“, die keine sein darf:

- Kinder brauchen die Erziehung ihrer Eltern, aber sie brauchen auch Kinder zum gemeinschaftlichen Aufwachsen
- Wahlfreiheit wird dadurch hergestellt, dass genügend qualitativ hochwertige und gebührenfreie bzw. kostengünstige Ganztagsbetreuungsplätze zur Verfügung stehen.
- Die Konzeption des Betreuungsgeldes verstößt gegen grundlegende Prinzipien der Elternautonomie: Eine Entscheidung, wie Eltern ihre Kinder betreuen, sollte nicht prämiert, honoriert oder bestraft werden.
- Genauso wenig darf der Staat über ein Gutscheinsystem andeuten, einkommensarme Eltern könnten nicht verantwortungsbewusst und im Interesse der Kinder haushalten.
- Das Betreuungsgeld setzt auch für Frauen falsche Signale – nämlich nach der Geburt eines Kindes länger aus dem Beruf auszusteigen. So verfestigen sich traditionelle Geschlech-

■ **Von Marlene Rupprecht MdB**
Betreuungsabgeordnete für den Wahlkreis Erlangen



terrollen und der Wunsch der Familien nach einer gleichberechtigten Verteilung der Erziehungsaufgaben bleibt unberücksichtigt.

Aktuelle Problematik:

Äußerungen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) deuten darauf hin, dass der Rechtsanspruch für einen Krippenplatz in Frage gestellt werden soll, weil - so seine Befürchtung - mehr Eltern als bislang angenommen einen solchen Platz in Anspruch nehmen wollen.

Mittlerweile fordern jedoch sogar Geschäftsführer kirchlicher Wohlfahrts-



Marlene Rupprecht beim Besuch eines Kindergartens der Arbeiterwohlfahrt

verbände mehr außerfamiliäre Betreuung, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu stärken. Angesichts der vielfältigen sozialen Wirklichkeit – „die Oma“ passt nur noch in seltenen Fällen auf - muss die Gesellschaft in zweierlei Weise reagieren:

Ab 2013 hat jedes Kind ab dem 1. Geburtstag einen Rechtsanspruch auf Förderung in einer Kindertageseinrichtung oder in der Tagespflege. Ich fände es schlimm, wenn dieser Rechtsanspruch – ganz gleich ob aus ideologischen Gründen oder wegen Sparmaßnahmen

– wieder in Frage gestellt wird. Denn die soziale Wirklichkeit zeigt uns tagtäglich: „Die Oma“ passt halt nur noch in seltenen Fällen auf!

Elternkompetenz stärken - öffentliche Verantwortung wahrnehmen!

Wir müssen Elternkompetenzen dort stärken, wo die individuellen Chancen für Kinder und Jugendliche innerhalb der Familie befördert werden können. Deshalb setze ich mich auch vehement für

die Priorität des Elternwillens im Hinblick auf die Auswahl von Betreuungseinrichtungen oder Schullaufbahnen ein.

Andererseits muss das „Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung“ aber auch dazu führen, dass die Gesellschaft dort genau hinsieht und einschreitet, wo die Zukunftschancen von Kindern durch die Defizite im Elternhaus vernichtet werden.

Eine ordentliche Tagesbetreuung von Kindern schadet der Elternerziehung

nicht, sondern unterstützt sie – und das tagtäglich, zum Wohl von Kindern und Eltern.

Nur durch die Aufnahme eigenständiger Kinderrechte im Grundgesetz kann erreicht werden, dass Kinder und Jugendliche mit ihren eigenen, unveräußerlichen Bedürfnissen wahrgenommen und berücksichtigt werden, und nicht länger nach dem lapidaren Satz „Eltern sind Schicksal“ als Objekte der elterlichen Erziehung gelten.

Erneuerung der BayernSPD – notwendige finanzielle Reformen

Brief an die Delegierten zum a.o. Landesparteitag der BayernSPD am 17. Juli 2010

Liebe Genossinnen und Genossen, wie auch schon auf der Bundeswahlkreis-konferenz berichtet, plant die BayernSPD im Rahmen ihres Erneuerungsprozesses auch eine Finanzreform. Diese wird auch euch unmittelbar sowie den Kreisverband und die Distrikte betreffen. Nachfolgend dokumentieren wir ein Schreiben des SPD-Landesvorstands zur Begründung der vorgeschlagenen Maßnahmen.

Liebe Genossinnen und Genossen, im Sommer letzten Jahres hat der neu gewählte Landesvorstand einen Prozess der Erneuerung der BayernSPD eingeleitet. Wir haben in einer ersten Serie von Bundeswahlkreis-konferenzen Ideen und Anregungen der Parteibasis aufgenommen und nach der Bundestagswahl in fünf Arbeitskreisen konkrete Änderungsvorschläge erarbeitet. Auf einer Klausurtagung Ende April hat der Landesvorstand daraus nun eine Reihe von Projekten entwickelt, die wir derzeit auf einer neuen Runde von Bundeswahlkreis-konferenzen vorstellen.

Zentrale Punkte unseres Zukunftskonzepts sind:

- Wir ziehen uns nicht aus der Fläche zurück sondern erhalten unsere Geschäftsstellen in ganz Bayern.
- Wie bieten verbesserte Serviceangebote aus der Landesgeschäftsstelle.
- Wir bereiten die Kommunalwahl 2014 professionell vor. Das können wir jedoch nur leisten, wenn wir die finanzielle Handlungsfähigkeit der BayernSPD wieder herstellen ohne dabei die Untergliederungen zu schwächen. Der Landesvorstand wird dem außerordent-

lichen Landesparteitag am 17. Juli aus diesem Grund auch eine Veränderung der Beitragsaufteilung und eine Erhöhung der Durchschnittsbeiträge vorschlagen. Über diese Pläne wollen wir Euch mit diesem Schreiben rechtzeitig und ausführlich informieren.

1. David gegen Goliath

Die Auseinandersetzung mit der CSU ist für die BayernSPD in finanzieller Hinsicht ein Kampf David gegen Goliath. Die CSU hat fast vier Mal so hohe Einnahmen wie wir. Was noch schlimmer ist: Bei operativen Ausgaben für politische Arbeit, Kampagnen und Wahlkämpfe liegt das Verhältnis mittlerweile bei 10 zu 1. Das liegt nicht allein an den Wahlergebnissen und den Mitgliedszahlen: Als eigenständige Bundespartei profitiert die CSU viel stärker von der staatlichen Parteienfinanzierung als der SPD Landesverband. Das heißt: Selbst bei gleichen Wahlergebnissen wie die BayernSPD hätte die CSU deutlich mehr Geld.

Ein weiteres Ungleichgewicht entsteht durch die Großspenden der Wirtschaft an die CSU, die sich damit auch politische Gefälligkeiten erkaufte – wie zum Beispiel die Mehrwertsteuersenkung für Hotels. Allein der Verband der bayerischen Metall und Elektro-Industrie spendet der CSU jedes Jahr etwa eine halbe Million Euro.

2. Entwicklung unserer Finanzausstattung

Durch die politische Entwicklung hat sich unsere Finanzlage in den letzten Jahren drastisch verschlechtert. Die wesentlichen Faktoren sind dabei:

- das Ergebnis der Landtagswahlen 2003/2008 –380.000 Euro/Jahr
- die sinkenden Mitgliederzahlen seit 2002: -440.000 Euro/Jahr
- weniger Abgaben der Mandatsträger: -110.000 Euro/Jahr
- das Ergebnis der Bundestagswahl 2009: -90.000 Euro/Jahr

Damit fehlen uns gegenüber 2002 jedes Jahr insgesamt 1 Million Euro. Das ist ein Rückgang der Einnahmen von etwa 17 Prozent.

Diese Mindereinnahmen wurden bisher vor allem durch drei Maßnahmen aufgefangen:

- Deutliche Einsparungen bei den Personalkosten: Frühere Vollzeitstellen für Geschäftsführer werden seit Jahren nur noch mit Teilzeit-Verwaltungskräften nachbesetzt. Zuletzt mussten auch schon Stundenkontingente für Verwaltungskräfte reduziert werden.
- Die Beschäftigten der BayernSPD haben seit acht Jahren auf Lohnerhöhungen verzichtet.
- Unsere Öffentlichkeitsarbeit läuft auf Sparflamme, außerhalb von Wahlkämpfen können praktisch keine Kampagnen mehr finanziert werden.

Alle diese Konsolidierungsmaßnahmen sind an ihre Grenzen gestoßen. Ohne eine Stabilisierung der Einnahmesituation sind wir gezwungen, Geschäftsstellen in der Fläche zu schließen und betriebsbedingte Kündigungen auszusprechen.

3. Die Verwendung unserer Einnahmen

Den größten Teil der Ausgaben des Landesverbands machen die Personalausgaben

ben aus, davon fallen etwa drei Viertel in den Geschäftsstellen vor Ort an. Weitere große Posten im Haushalt sind die Unterhaltung der Geschäftsstellen und die Rücklage für den Landtagswahlkampf. Für die laufende politische Arbeit bleibt deutlich zu wenig Geld übrig (siehe Tabelle).

Der Haushalt der BayernSPD

Einnahmen		Ausgaben	
Beiträge (Anteil LV)	2.700.000	Geschäftsstellen Fläche	400.000
Spenden und Mandatsträger	260.000	Personal Fläche	2.320.000
Staatl. Parteienfinanzierung	1.700.000	Personal Zentrale	800.000
Sonstiges	240.000	Wahlkampf-Rücklage	350.000
		Politische Arbeit	800.000
		Rücklage Altersteilzeit	230.000
Gesamt	4.900.000	Gesamt	4.900.000

Diese Aufstellung zeigt auch: Mehr als die Hälfte der Mittel des Landesverbands fließt – als Ausgaben für die Geschäftsstellen – direkt zurück zur SPD vor Ort. Die Ausgaben für Personal und Geschäftsstellen in der Fläche sind sogar etwas höher als die Beitragseinnahmen des Landesverbands.

5. Eine Finanzreform für die BayernSPD

Wir wollen finanzielle Handlungsfähigkeit für die BayernSPD zurückzugewinnen. Wir wollen keine Büros schließen und unseren Mitarbeitern nicht kündigen müssen. Und wir wollen die Wahlkämpfe 2013/14 gut vorbereiten und führen. Deshalb müssen wir etwas ändern. Wir wollen die Finanzsituation des Landesverbands verbessern ohne dabei die Gliederungen zu schwächen. Diese Finanzreform liegt im gemeinsamen Interesse von Landesverband und Untergliederungen.

In finanzieller Hinsicht gibt es in der BayernSPD im Vergleich zu anderen Landesverbänden zwei Besonderheiten: Der Anteil, den der Landesverband aus den Mitgliedsbeiträgen erhält, ist verhältnismäßig niedrig. Darüber hinaus zahlen die Mitglieder in Bayern im Durchschnitt niedrigere Beiträge als im restlichen Bundesgebiet. Deshalb setzt unser Reformvorschlag auch an diesen beiden Punkten an.

Wir schlagen die Erhöhung des Anteils des Landesverbands an den Mitgliedsbeiträgen von derzeit 55 auf zukünftig 60 Prozent vor. Mit dem heutigen Beitragsanteil von 55 Prozent liegt der Landesverband Bayern an letzter Stelle aller Landesverbände in den Flächenländern: Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben mit 60 Prozent schon seit längerem den Beitragsanteil, den wir nun auch

in Bayern einführen wollen. In Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein liegt der Beitragsanteil des Landesverbands sogar bei 65 Prozent.

Zukünftig soll der Landesverband 60 Prozent der Beitragseinnahmen in Bayern erhalten. Der Anteil des Parteivorstands

bleibt bei 15 Prozent. Der gemeinsame Anteil von Ortsvereinen, Kreisverbänden, Unterbezirken und Bezirken sinkt entsprechend von bisher 30 auf 25 Prozent (die Verteilung zwischen diesen Ebenen ist in Bayern unterschiedlich geregelt).

Gleichzeitig wollen wir den Durchschnittsbeitrag der BayernSPD um 1 Euro/Monat erhöhen. Damit würden wir den bayerischen Durchschnittsbeitrag von heute 6,50 Euro deutlich näher an den Bundesdurchschnitt bringen. In Baden-Württemberg liegt der Durchschnitt bei heute schon bei 9 Euro, also 2,50 Euro höher als bei uns. Wenn wir pro Mitglied durchschnittlich einen Euro im Monat mehr einnehmen, dann können wir damit alle Verluste ausgleichen, die die Untergliederungen durch die Veränderung der Beitragsanteile haben.

Bei der Anhebung des Durchschnittsbeitrages werden wir drei Ansätze verfolgen:

- Im ersten Schritt sprechen wir unsere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger an. Es ist uns mittlerweile gelungen, dass seit April nun alle Abgeordneten satzungsgemäße Beiträge zahlen. Außerdem haben wir alle Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte angesprochen, die keine angemessenen Beiträge zahlen und sie nachdrücklich um eine Erhöhung ihres Beitrags gebeten.
- Im zweiten Schritt werden wir gezielt unsere gutverdienenden Mitglieder ansprechen und sie um einen solidarischen Beitrag bitten.
- Schließlich werden wir im letzten Schritt alle anderen Beiträge um 1 Euro anheben. Dabei nehmen wir Rücksicht auf Arbeitslose, Schülerinnen und

Schüler, Studierende und Rentnerinnen und Rentner, die von der generellen Erhöhung ausgenommen bleiben. Und selbstverständlich wird es eine einfache Widerspruchsmöglichkeit für jedes Mitglied geben, um Mitglieder mit geringem Einkommen nicht unangemessen zu belasten und Austritte zu vermeiden. (Andere Landesverbände haben auf diesem Weg sogar eine Erhöhung von mehr als einem Euro im Durchschnitt erreicht).

Durch die Veränderung der Beitragsaufteilung und die Erhöhung des Durchschnittsbeitrags hätte der Landesverband im Jahr wieder etwa 700.000 Euro mehr zur Verfügung. Damit würde ein Teil der Einnahmeverluste der letzten Jahre ausgeglichen. Durch die Erhöhung des Durchschnittsbeitrags bleiben die Beitragseinnahmen der Untergliederungen stabil oder steigen sogar an, wenn es gelingt, den Durchschnitt um mehr als einen Euro zu erhöhen.

Liebe Genossinnen und Genossen, die eingangs beschriebene Finanzlage lässt uns keine andere Wahl, als diese beiden Schritte zur Stabilisierung der Einnahmen des Landesverbands zu gehen. Entsprechend ist der Beschluss, diesen satzungsändernden Antrag zu stellen, im Landesvorstand auch einstimmig gefallen. Wir haben diesen Antrag bewusst mit mehr als zwei Monaten Vorlauf auf die Tagesordnung gesetzt, damit er mit den Untergliederungen diskutiert werden kann, bevor der

Parteitag im Juli darüber zu entscheiden hat. Für die Erneuerung der BayernSPD und die Finanzreform wollen und brauchen wir die breite Zustimmung der gesamten Partei.

Die Führungsspitze der BayernSPD stellt sich der Diskussion über diese Vorschläge auch in den Bezirksvorständen. Außerdem sprechen wir das Thema auf jeder der 40 Bundeswahlkreis-konferenzen an und stellen unser Konzept für die organisatorischen und kommunikativen Neuerungen in der BayernSPD vor. Natürlich wird auch darüber, nachdem wir die Ideen und Anregungen der Parteibasis aus den Wahlkreis-konferenzen aufgenommen haben, am außerordentlichen Landesparteitag berichtet.

Mit solidarischen Grüßen
 Florian Pronold, Landesvorsitzender
 Thomas Goger, Schatzmeister
 Natascha Kohnen, Generalsekretärin

65 Jahre Kriegsende - 65 Jahre Befreiung vom Faschismus

Erklärung des SPD-Kreisverbands Erlangen zum 8. Mai 2010

Am 8. Mai jährt sich das Kriegsende in Europa zum 65. Mal. Die alliierten Streitkräfte beendeten die Terrorherrschaft der Nationalsozialisten. Nach sechs Jahren Krieg und über 60 Millionen Toten bedeutete der 8. Mai 1945 das Ende der verbrecherischen Gewaltherrschaft Deutschlands über fast ganz Europa und das Ende des Massenmordes an den europäischen Juden. Auch die Verfolgung und die Ermordung von zahlreichen anderen Opfern endeten an diesem Tag.

Der 8. Mai war und ist ein Tag der Befreiung. Heute gedenken Demokratinnen und Demokraten des Kriegsendes vor 65 Jahren. Nur wenn wir die Erinnerung an das Leid der Kriegsjahre und an die Opfer der Gewaltherrschaft wach halten, bleibt uns bewusst, wie wichtig und zukunftsweisend Freiheit, Demokratie und Menschenrechte für uns sind.

In Erlangen endete der Krieg am 16. April. Die bereits vor den Toren der Stadt stehenden Panzerverbände der US-amerikanischen Streitkräfte erwarteten die bedingungslose Kapitulation. Dies und die dringenden Appelle von VertreterInnen der Bürgerschaft und NS-Oberbürgermeister Ohly bewogen den Stadtkommandanten Lorleberg schließlich zur kampflosen Übergabe der Stadt.

Die Freude über die Rettung der Stadt vor der Zerstörung darf nicht vergessen lassen, dass es auch in Erlangen Wurzeln des Nationalsozialismus und Ursachen für seinen Aufstieg gab.

In diesem historischen Kontext ist auch die Rolle beider Männer als Repräsentanten des NS-Regimes zu bewerten. Es darf keinen neuen deutschen Opfermythos geben. Lorleberg war ein der Diktatur ergebener Offizier, Oberbürgermeister Ohly ein NS-Funktions-träger und militanter Vertreter nationalsozialistischer Politik von Anfang an. Die Bedrohung der Stadt durch die US-Truppen im April 1945 war damit auch Folge des persönlichen, politischen und militärischen Handelns beider.

Die Ehrung solcher Männer wirkt dann beschämend, wenn die Opfer faschistischer Gewaltherrschaft in Erlangen bis auf wenige Ausnahmen dem

vollständigen Vergessen preisgegeben werden. Es darf nicht vergessen werden, dass mit Ausbruch des Weltkriegs auch die Vernichtung Verfolgter in ungeheurem Ausmaß begann. Insbesondere soll auch an die Opfer des barbarischen Euthanasie-Programms erinnert werden. Ein ehrendes Andenken verdienen auch diejenigen Erlangerinnen und Erlanger, die sich oft unter Einsatz ihres Lebens dem faschistischen Gewaltregime entgegenseetzten und auf vielfältigste Weise Widerstand leisteten.

Die Erinnerung an den 8. Mai 1945 schärft unseren Blick auf das Heute

und ist Auftrag und Verpflichtung zugleich. Zum Gedenken an die Verfolgten und zur Trauer um die Opfer müssen auch Freude und Dankbarkeit für die Befreiung kommen: Befreiung der Inhaftierten, der Überlebenden in den Konzentrationslagern, der Zwangsarbeiter auch in Erlanger Betrieben und schließlich Befreiung Deutschlands durch die alliierten Truppen von der menschenverachtenden Diktatur. Erlangen hat den amerikanischen Soldaten nicht nur zu danken, weil sie

die Stadt verschont, sondern vor allem, weil sie sie befreit haben.



Leserbrief zur Diskussion um eine „Ohly-Straße“ in Erlangen

Sicherlich ist es so, dass Ohly, Ritter von Schmidt und Lorleberg durch die kampflose Übergabe Erlangen vor der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg bewahrt haben. Leider geht aus dem Artikel nicht klar hervor, dass ebendieser NS-OB Herbert Ohly von Anfang an ein militanter Vertreter der nationalsozialistischen Politik und damit ihrer entsetzlichen Verbrechen war. Ritter von Schmidt, vor seinem Einsatz in Erlangen Befehlshaber eines Infanterieregiments und Lorleberg waren der Diktatur ergebene Offiziere.

Eine Ehrung für diese Personen wird noch unerträglicher durch die Tatsache, dass die Opfer faschistischer Gewaltherrschaft in Erlangen bis auf wenige Ausnahmen vollständig in Vergessenheit geraten sind. Neben diesen hätten auch diejenigen Erlangerinnen und Erlanger, die oft unter Einsatz ihres Lebens Widerstand geleistet haben, ein ehrendes Andenken verdient.

■ **Von Andreas Richter**
Friedensbeauftragter im SPD-Kreisvorstand



Als wäre es nicht schon schlimm genug, dass eine Straße nach dem Nazi-General Rommel und ein Platz nach dem Nazi-Offizier Lorleberg benannt ist, wird nun noch mehr Ehre für derartige Personen gefordert. Es ist vielmehr Zeit, dass die nach (zumindest!) Mitläufern des Nationalsozialismus benannten Straßen endlich umbenannt werden. Zudem ist der von der GL eingebrachte, von der SPD und dem Friedensbündnis unterstützte Antrag zur Benennung einer Straße/Platz nach Widerstand leistenden Deserteuren hier die richtige Antwort, nicht die Ehrung weiterer NS-Lokalgrößen.

Aus den genannten Gründen ist leider auch die Artikel-Überschrift unpassend. „Vergessene Täter“ wäre richtig.

Die „Euro-Krise“ – Der Kollaps Europas?

Wer in den letzten Wochen die Zeitung aufschlug oder den Fernseher einschaltete, der musste den Eindruck gewinnen, der Zusammenbruch Europas oder zumindest der Euro-Zone stehe unmittelbar bevor: Milliarden-Hilfspakete wurden unter Zeitdruck verhandelt und anschließend durch Bundestag und Bundesrat gepeitscht. Zahlreiche Sondersendungen präsentierten Experten, die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit einen massiven Kursverlust des Euros – wenn nicht gar das Ende der Währungsunion – und eine Zahlungsunfähigkeit aller südeuropäischen Länder voraussagten. Und natürlich wissen diese Experten (übrigens sind keine Expertinnen zu vernehmen) ganz genau, welche Konsequenzen die Krise nach sich ziehen muss: Einen Rückbau staatlicher Leistungen, Sozialabbau und ein radikaler Sparkurs – nicht nur für Griechenland, das sich in akuter Not befand, sondern für alle europäischen Staaten. Denn alle „hätten über ihre Verhältnisse gelebt“.

Diese Kommentare sind schon deshalb mit Vorsicht zu genießen, weil es sich weitgehend um die gleichen Experten handelt, die noch vor wenigen Jahren die wirtschaftliche Entwicklung der südlichen EU-Staaten (auch Griechenlands) in den Himmel gelobt haben und deren Politikempfehlung diese Staaten in vielen Punkten gefolgt sind. Und es sind auch die gleichen Experten, die den Zusammenbruch des US-Hypothekenmarktes nie für möglich gehalten haben. Schon daher ist also in Frage zu stellen, ob die jetzigen, düsteren Prognosen zutreffen.

Im Folgenden soll der Versuch gemacht werden aufzuzeigen, wo die eigentlichen Probleme in der Europäischen Union liegen. Zunächst stellt sich aber die Frage: Ist der Euro, ist die Europäische Union tatsächlich in einer tiefen Krise?

Gibt es eine Euro-Krise?

Dass sich der Euro in einer tiefen Krise befände wird häufig auch damit begründet, dass der Wechselkurs zum Dollar stark gefallen sei. Und tatsäch-

lich: Notierte der Euro im November 2009 noch bei etwa 1,50 Dollar, waren es Ende Mai 2010 nur noch 1,23 Dollar – ein Rückgang um 18 Prozent binnen eines halben Jahres.

Die auf den ersten Blick so dramatische Entwicklung relativiert sich aber, wenn man die Entwicklung des Wechselkurses von Euro und Dollar über einen längeren Zeitraum hinweg betrachtet: Der Euro liegt derzeit bei dem Wechselkurs, den er Mitte 2006 hatte. Damals begann in den USA die Immobilienkrise, mit Folgen auch für den Wechselkurs: Anlegerinnen und Anleger zogen



ihr Geld aus den USA ab und legten es in der Euro-Zone an. Der Wechselkurs des Euro stieg davon ausgelöst stark an – und er gibt diese massiven Gewinne nun wieder ab. Schätzungen sehen einen realistischen, an den wirtschaftlichen Verhältnissen ausgerichteten Wechselkurs zwischen Euro und Dollar derzeit zwischen 1,15 und 1,25 Dollar je Euro: Also dort, wo der Wechselkurs nun wieder liegt.

Es gibt also zwar einen kurzfristigen dramatischen Kursverfall des Euro, langfristig allerdings handelt es sich nur um die (notwendige) Korrektur eines gegenüber dem Dollar weit überbewerteten Euro – was übrigens nicht zu Letzt der europäischen Wirtschaft nutzt, weil sich Exporte in Länder außerhalb der Euro-Zone wieder verbilligen.

Und trotzdem gibt es natürlich eine Krise innerhalb der Euro-Zone: Allerdings keine Währungskrise, wie konstruiert, sondern eine Krise der Staatsfinanzen in einer ganzen Reihe von vor allem südeuropäischen Euro-Staaten. Portugal und Spanien haben massive Probleme, Kredite zu akzeptablen Kon-

■ Von Philipp Dees

Vorsitzender der Jusos Bayern



ditionen auf dem Kapitalmarkt aufzunehmen. Für Griechenland ist das unmöglich geworden.

Diese Krise hat massive Auswirkungen auf die Menschen in den betroffenen Staaten: Denn gerade Griechenland, aber mittlerweile auch Portugal, Spanien und weitere Staaten müssen wegen der schwierigen Kreditaufnahme ihre Staatsausgaben massiv senken und die Steuern erhöhen: Die Löhne für staatliche Beschäftigte werden ebenso gekürzt wie die Renten und Sozialleistungen; die Mehrwertsteuer und andere Konsumsteuern werden massiv erhöht.

Die Konsequenzen daraus werden absurd sein: Denn die massiv kontraktive Fiskalpolitik wird die sowieso schon angeschlagene Wirtschaft in den betroffenen Staaten weiter destabilisieren: Der staatliche wie auch der private inländische Konsum gehen zurück, die Folge davon wird ein Rückgang des Bruttoinlandsproduktes sein. Dadurch gehen wiederum die Staatseinnahmen zurück und die Arbeitslosigkeit wird steigen. Es droht ein Teufelskreis, der tatsächlich die ganze Euro-Zone in eine Abwärtsspirale ziehen kann – vor allem dann, wenn auch für die bisher nicht betroffenen EU-Staaten ein massives Sparprogramm vorgeschrieben wird, wie es mit der aktuell diskutierten Übertragung der „Schuldenbremse“ in den EU-Vertrag beabsichtigt ist.

Was hat die Krise ausgelöst?

Akut geworden ist die Krise innerhalb der Euro-Zone durch massive Spekulation: Anlegerinnen und Anleger auf den internationalen Finanzmärkten haben darauf gewettet, dass Griechenland seine Staatsschulden nicht mehr finanzieren kann (ähnliches fand, in allerdings bisher geringerem Umfang, auch für andere Euro-Staaten statt, vor allem gegen Portugal und Spanien, aber auch gegen Irland, Großbritannien und eine Reihe osteuropäischer EU-Mitglieder). Die Folge dieser Wetten war, dass die Kurse griechischer Staatsanleihen stark

sanken. Um neue Anleihen ausgeben zu können – was regelmäßig notwendig ist, um auslaufende Anleihen zu verlängern –, musste Griechenland höhere Zinsen zahlen. Diese höheren Zinsen ließen es wiederum unwahrscheinlicher erscheinen, dass Griechenland seine Schulden würde zurückzahlen können: Die Wetten auf eine Nicht-Rückzahlung der Schulden wurden verstärkt, der Kurs griechischer Anleihen sank weiter, die Zinsen für neue Anleihen stiegen entsprechend in immer größere Höhen, am Ende auf bis zu 20 Prozent.

Diese Spekulation hätte schnell unterbunden werden können, wenn die EU und ihre Mitgliedsstaaten sofort reagiert hätten: Denn als die Wetten gegen Griechenland begannen, hätte eine Zusage der EU-Staaten, griechische Staatsanleihen zu garantieren, die Ziele der Spekulanten durchkreuzt: Wetten darauf, dass Griechenland seine Schulden nicht bezahlen kann, wären hinfällig gewesen. Den dramatischen Verfall der Kurse bei den Staatsanleihen und den massiven Anstieg der Zinsen hätte es nicht gegeben. Das Rettungspaket für Griechenland hätte viel geringer ausfallen können als die jetzt beschlossenen 110 Milliarden Euro – und wahrscheinlich hätte Griechenland die Hilfen gar nicht in Anspruch nehmen müssen.

Daran, dass das Rettungspaket nun so teuer wurde, hat Angela Merkel eine massive Mitschuld: Hätte sich Merkel nicht in Deutschland als „Madame No“ profilieren wollen und eine Unterstützung von Griechenland lange ausgeschlossen, dann hätte es die dramatische Entwicklung nicht gegeben. Es war Merkel persönlich, die (unterstützt auch z.B. von der Bild-Zeitung) die Kosten auch für Deutschland in die Höhe getrieben und die Krise in Griechenland verschärft hat – mit dramatischen Folgen für die Menschen dort.

Die Spekulantinnen und Spekulanten haben die Krise allerdings nur genutzt und die dramatischen Entwicklungen am Ende beschleunigt. Sie haben die Krise aber nicht ausgelöst. Die Ursachen für die Krise der südeuropäischen Staatsfinanzen liegen tiefer, und auch hier führt die „Spur“ wieder nach Deutschland.

Natürlich gibt es zunächst einmal „hausgemachte“ Ursachen in den betroffenen Staaten, und dabei insbesondere in Griechenland: Es ist dort nicht gelungen, ein funktionierendes System der Steuerverwaltung zu eta-

blieren. Die Korruption wurde nicht effektiv bekämpft, genauso wenig die Schwarzarbeit. Haushaltsdefizite wurden verschleiert und so das Vertrauen von Anlegerinnen und Anlegern in den griechischen Staat erschüttert. All das hat einen Beitrag zur Krise geleistet, und Griechenland muss diese Probleme auch angehen. Aber auch diese Aspekte sind nicht die entscheidende Ursache.

Diese liegt vielmehr in der Einführung des Euro selbst und in der deutschen Politik seitdem. Mit der Einführung des Euro entfielen die Wechselkurse zwischen den Eurostaaten. Damit entfiel auch die Möglichkeit, unterschiedliche Entwicklungen zwischen den Eurostaaten durch eine Veränderung der Wechselkurse auszugleichen. Gibt es zum

Beispiel in einem Land eine höhere Inflation als in einem anderen, dann sinkt im Gegenzug – zumindest in der Theorie – der (nominale) Wechselkurs des Landes mit der höheren Inflationsrate. Das Verhältnis der Preise zwischen den beiden Ländern bleibt konstant, und damit gibt es auch keine Konsequenzen für die Im- und Exporte zwischen den betroffenen Ländern. Mit der Einführung des Euro hat sich dies geändert: Wenn jetzt die Inflation in einem Land höher ist als in einem anderen, dann wertet dieses Land real ab. Die Importe steigen und die Exporte sinken, weil ausländische Waren im Verhältnis zu inländischen billiger geworden sind. Das Wachstum der inländischen Wirtschaft verlangsamt sich, während die auslän-



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Beratungstermine

.....

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

.....

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

.....

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

.....

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

.....

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

dische Wirtschaft kräftiger wächst.

Diesen Effekt haben Politik und Wirtschaft Deutschlands in den letzten Jahren massiv ausgenutzt: Eine restriktive Sozialpolitik (Hartz IV), die Ausweitung von Zeit- und Leiharbeit wie auch Minijobs und vieles andere mehr sorgten dafür, dass die Lohnkosten in Deutschland kaum noch stiegen. Deutsche Produkte wurden dadurch im Verhältnis zu ausländischen immer günstiger. Und da dies in der Eurozone nicht durch Wechselkursveränderungen ausgeglichen werden konnte, stiegen die deutschen Exporte immer weiter an: Deutschland wurde „Exportweltmeister“ mit immer größeren Überschüssen in der Leistungsbilanz.

Auf der Kehrseite stand zweierlei: Zum einen eine stagnierende Binnenwirtschaft in Deutschland – auch deshalb ist Deutschland von der Finanzkrise so massiv getroffen worden. Und zum zweiten ein massiver Schaden für die Volkswirtschaften anderer Eurostaaten: Diese konnten mit der deutschen Deflationpolitik nicht mithalten (wären sie der deutschen Politik gefolgt, dann wäre die Eurozone in eine massive Rezession gestürzt, da ein Rückgang der Binnennachfrage in allen Eurostaaten nicht mehr

hätte ausgeglichen werden können). Dem deutschen Leistungsbilanz-Überschuss stand ein immer größer werdendes Leistungsbilanz-Defizit der anderen Eurostaaten gegenüber, vor allem der südeuropäischen. Das deutsche Wachstum wurde erkaufte mit einer Schwächung des Wachstums anderer Staaten und einer zunehmenden Verschuldung dieser (was notwendig ist, weil ein Leistungsbilanz-Defizit immer über internationale Verschuldung gedeckt werden muss). Als dies auch wegen der internationalen Finanzkrise nicht mehr haltbar wurde, setzte die Spekulation ein, und das System brach zusammen.

Was ist zu tun?

Die Entstehung der Krise weist auf einen zentralen Konstruktionsfehler der Eurozone hin: Es gibt zwar eine einheitliche Währung und damit auch eine einheitliche Geldpolitik, es gibt aber keine koordinierte Wirtschaftspolitik. Dies ermöglicht es einzelnen Staaten wie Deutschland erst, sich durch eine gezielte Deflationpolitik „Wettbewerbsvorteile“ gegenüber anderen Staaten zu schaffen.

Die Eurozone deshalb braucht eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, die

massiven Ungleichgewichten zwischen den Ländern entgegenwirkt. Ziel muss es sein, dass sich Konjunkturverläufe zwischen den Eurostaaten angleichen. Dafür ist es auch notwendig, einen Finanzausgleich zwischen den Eurostaaten – vergleichbar mit dem Länderfinanzausgleich in Deutschland – zu etablieren.

Vor allem auch unter Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist noch ein anderer Lösungsansatz populär geworden: Die Finanzmarkttransaktionssteuer. Mit ihr soll die internationale Spekulation massiv eingeschränkt werden. Die Erwartungen an diese Steuer sind aber massiv überzogen: Zwar wird sie die Spekulation etwas einschränken. Beseitigen wird sie sie aber bei weitem nicht. Denn Spekulantinnen und Spekulanten setzen auf weit größere Kurssprünge, als sie die Finanzmarkttransaktionssteuer erfasst: Wenn sich der Kurs griechischer Staatsanleihen um 25 Prozent verändert, dann bleibt das Geschäft auch bei einer Steuer von 0,1 Prozent auf An- und Verkauf lukrativ – der Gewinn reduziert sich nur von 25 auf 24,8 Prozent.

Das heißt nicht, dass die Finanzmarkttransaktionssteuer falsch wäre. Sie schafft zusätzliche Staatseinnahmen, und sie wird die Finanzmärkte auch etwas entschleunigen. Um Spekulation wirksam zu unterbinden, reicht sie aber bei weitem nicht aus: Hierfür ist eine strikte staatliche Regulierung über die Finanzmärkte notwendig.

Leserbrief zur Griechenland-Krise und den Hilfmaßnahmen

Die ablehnende und zögerliche Haltung Merkels hat erst dazu geführt, dass die Ratingagenturen Griechenlands Anleihen herabgestuft haben. Und was würde passieren, wenn die Finanzhilfen nicht fließen? Dann würden als nächstes Portugal und Spanien in den Strudel geraten und schließlich eine Krise schlimmer als die Bankenkrise zuvor die Welt und besonders das exportabhängige Deutschland erfassen.

An der Hilfe führt kein Weg vorbei. Mit ihrer Volksverdummungspolitik treibt Merkel nur die Kosten in die Höhe.

Zudem ist das Programm, dass die Europäische Kommission und insbesondere die deutsche Regierung Griechenland vorschreibt, genau das, was in der Finanzkrise endlich als Unsinn erkannt wurde: Kaputtsparen in der Krise. Gehalts-, Renten- und Sozialkürzungen und die Erhöhung der Mehrwertsteuer würden nur die Konjunktur ab-

■ Von Andreas Richter

Friedensbeauftragter im SPD-Kreisvorstand



Bekämpft werden muss natürlich die Korruption. Zudem sind die Banken und die Reichen an den Kosten zu beteiligen. Die Nachfrage muss jedoch durch höhere Löhne gestärkt werden – und das nicht nur in Griechenland, sondern insbesondere im Lohndumping-Staat Europa Nr. 1 – der BRD.

Angesichts des katastrophalen Vorgehens der Bundesregierung kann festgestellt werden: Wäre Merkel Ministerpräsidentin Griechenlands und der Rechtspopulist Westerwelle griechischer Außenminister, wäre Griechenland bereits seit einem halben Jahr pleite und somit weltweit der zweite Crash nach 2008 da.

Linkes Forum in der SPD Erlangen

Wir laden alle interessierten Genossinnen und Genossen ein zum Diskussionsabend am

**Freitag, 2. Juli,
20 Uhr im Nebenzimmer der Gaststätte „Orpheus“, Luitpoldstr. 25**

Themen-Schwerpunkt: Frieden und Internationales

Hildegard Gröger, Helmut Pfister

Räume der Offshore-Welt – Steueroasen und Offshore-Zentren in Europa

Ausstellung organisiert von der attac Regionalgruppe Erlangen in Kooperation mit der VHS Erlangen und der ESG Erlangen

- 15. Juni bis 30. Juni, Montag bis Freitag von 10 bis 17 Uhr, Volkshochschule, Großer Saal, Friedrichstr. 19
- 3. Juli bis 15. Juli, Montag bis Freitag von 10 bis 17 Uhr, Universitätsbibliothek, Ausstellungsraum, Schuhstrasse 1a
- Mittwoch, 23. Juni 2010, 15.00 Uhr; Montag, 28. Juni 2010, 19.00 Uhr
Führungen durch die Ausstellung
Mitglieder von attac Erlangen stehen für Rückfragen zur Verfügung
VHS, Großer Saal, Friedrichstr. 19

Das Prinzip der Offshore-Ökonomie ist die Umgehung von Regeln und Gesetzen anderer Orte. Steueroasen setzen nationale Gesetze außer Kraft, ohne dass die betreffende Person oder das Unternehmen umziehen muss. Ein weiteres Merkmal von Steuer- und Regulierungsoasen ist die Geheimhaltung. Besitzer von Vermögen und Unternehmen bleiben anonym. Steueroasen werden von Angehörigen anderer Staaten genutzt, um Steuerzahlungen im eigenen Land zu umgehen.



Die Ausstellung will etwas Licht in die dunklen Machenschaften bringen, welche für Deutschland jährlich Einnahmeverluste in zweistelliger Milliardenhöhe bedeuten und damit indirekt unserer Stadt schaden. Zudem möchte diese Ausstellung durch Aufklärung auch die Politik unterstützen, nicht in den Bemühungen nachzulassen, Steuerschlupflöcher, die sie vor Jahren selbst geschaffen haben, wieder zu schließen.

Begleitprogramm:

- Freitag, 18. Juni 2010, 17.00 Uhr
Ausstellungseröffnung mit Dr. Silke Ötsch, attac Österreich. Anschließend Führung durch die Ausstellung
VHS, Großer Saal, Friedrichstr. 19
- Dienstag, 22. Juni 2010, 19.00 Uhr
Film: Let's Make Money
„Let's make money“ zeigt uns die verschiedenen Ebenen des Finanzsystems und erklärt, warum es weltweit zu so einer unglaublichen Geldvermehrung gekommen ist und wie deren Konsequenzen für unser Leben aussehen
VHS, Großer Saal, Friedrichstr. 19

- Mittwoch, 30. Juni 2010, 19.00 Uhr
Film: Der Geist des Geldes
Geld macht sexy. Geld bedeutet Macht. Doch der UN-Sonderbericht-

erstatte Jean Ziegler warnt: „Unsere Demokratie ist tödlich bedroht!“. 3.000 Jahre nach seiner Erfindung zeigt das Geld sein wahres Gesicht: Unvorstellbare Geldmengen in den Händen einiger weniger bestimmen unser aller Leben. Es ist höchste Zeit, diese Entwicklung zu stoppen!
VHS, Großer Saal, Friedrichstr. 19

- Montag, 5. Juli 2010, 17 Uhr
Vortrag und Diskussion zum Thema „Nach der Krise wieder vor der Krise?“
Ausstellungsraum der UB, Schuhstr. 1a
- Donnerstag, 8. Juli 2010, 19.00 Uhr
Film: Let's Make Money
Ausstellungsraum der UB, Schuhstr. 1a
- Weitere Veranstaltungen und Führungen siehe gesondertes Faltblatt

Die Michael-Poeschke-Gesellschaft lädt ein: Fahrt zur neuen Synagoge in München

Unsere Fahrt nach Dachau im vergangenen Jahr hat guten Anklang gefunden. Viele TeilnehmerInnen äußerten den Wunsch nach einem weiteren Tagesausflug mit interessantem Ziel.

Am **Sonntag, 24. Oktober 2010** fahren wir nach München, um die neue Synagoge zu besichtigen.

Wir werden um 7.45 Uhr von Erlangen mit dem Bus nach München fahren. Am Vormittag ist eine Stadtführung/Rundfahrt geplant und bereits angemeldet. Am Nachmittag findet die bereits angemeldete Begehung der neuen Synagoge statt. Gegen 20 Uhr werden wir wieder in Erlangen sein.

Die Kosten für den Bus, die Stadtführung und die Synagogenführung wer-

den 25 Euro nicht übersteigen. Einzelheiten und der genaue Ablauf werden den Interessenten selbstverständlich noch mitgeteilt.

Da aus Sicherheitsgründen für die Synagogenbesichtigung alle daran teilnehmenden BesucherInnen namentlich schriftlich 3 Wochen vorher angemeldet werden müssen, wäre es schön, wenn Ihr Euch bei Interesse bald melden würdet.

Georg Brugger, Heide Mattischeck, Christa Matern

Kontakt über Heide Mattischeck

Telefon: 09545/442377

Fax: 09545/442378

Mail: heide.mattischeck@web.de

■ **aus den Distrikten**

■ **Distrikt Anger**

Vorsitzender:

Gerd Worm

Telefon: 304556

Karl.Gerd@gmx.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
die Distriktversammlung der Anger-SPD
kann nicht wie geplant am 23. stattfinden.
Sie muss verschoben werden auf

**Mittwoch, 30. Juni, 20 Uhr,
Angerwirt, Guhmannstraße 10
(Achtung: Terminverschiebung!)**

Tagesordnung

- Nachlese der Veranstaltung „Spätromische Dekadenzen im Anger?“
- Vorbereitung der Veranstaltung zur Altersarmut im September/Oktobre
- Beitrag zum Stadtteilstift im Anger
- Erwartungen an die KVM
- Beiträge des Distrikts zur 140-jährigen Jubiläumsfeier der SPD
- Verschiedenes

Viele Grüße

Gerd Worm

■ **Distrikt Eltersdorf**

Vorsitzender:

Manfred Jelden

Telefon: 601333

manfred.jelden@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

**Dienstag, 15. Juni um 20
Uhr im Schützenhaus**

Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand

Manfred Jelden

■ **Distrikt Ost**

Vorsitzender:

Christofer Zwanzig

Telefon: 4003764

christofer@zwanzig-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wegen Termin- und Raumproblemen
findet im Juni leider keine Sitzung statt.
Bitte merkt Euch als unser nächstes
Treffen bereits jetzt den 13.7. vor.

Mit solidarischen Grüßen

Christofer Zwanzig, Birgit Hartwig

■ **Distrikt Süd**

Vorsitzende:

Brigitte Rohr

Kontakt:

Klaus-Dieter Birkner

klausdieterbirkner@arcor.de

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
wir laden euch herzlich ein zu unserer

**Distriktversammlung
am Mittwoch, 9. Juni,
20 Uhr im Biergarten
Röthelheim**

Tagesordnung:

1. Aktuelles
2. Berichte
3. Verschiedenes, u.a. 140 Jahre Erlanger SPD

Wir hoffen diesmal auf großes Interesse, mal wieder zur Versammlung zu kommen.

Für den Vorstand

Brigitte Rohr

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktversammlung am Dienstag, 8. Juni, 19:00 Uhr, Am Bach 17 (ausnahmsweise anderer Ort, andere Zeit)

Tagesordnung:

1. Aktuelles.
2. TB: Inhalt und Gestaltung.

3. Ortsbeiratssitzungen der letzten Zeit
4. Infoveranstaltung Mauss, Besichtigung der Seniorenwohnungen in Buckenhof
5. G 6
6. Überschwemmungen in Tennenlohe und Eltersdorf.
7. Verschiedenes.

Vorankündigung der nächsten Distriktversammlung: 13.07., 20.00 Uhr. Schlossgaststätte

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

■ **Distrikt Tennenlohe**

Vorsitzender:

Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

Liebe GenossInnen und Genossen!
bei unserem nächsten Treffen handelt es sich um eine öffentliche Veranstaltung zum Thema

Wie geht es weiter im Stadtwesten?

Zu Gast ist Annette Willmann-Hohmann, Leiterin des Stadtplanungsamtes.

Frau Willmann-Hohmann informiert über die weiteren Planungen für den Stadtwesten. Dabei geht es vor allem um das Neubaugebiet zwischen Häuslinger Straße und Mönaustraße sowie um die Erweiterung des Stadtteilzentrums an der Mönaustraße.

Wir werden informiert, wir können fragen und diskutieren!

Die Veranstaltung findet statt am

Mittwoch, 16. Juni, 20 Uhr in der „Scheune“, Odenwaldallee 2

Für den Vorstand
Gerd Peters

P. S. : Bei unserer Mai-Distriktsversammlung diskutierten 13 Genossinnen und Genossen mit Wolfgang Niclas über das aktuelle Konzept des Bundesvorstandes unserer Partei zur Reform der Hartz-Gesetze.

■ **Distrikt West**

Vorsitzender:

Gerd Peters
Telefon: 44366
gerd.peters-er@t-online.de

60plus lädt ein zum Tagesbesuch in Jena am 30. Juni

Vorgesehen ist die Fahrt mit dem Zug. Die Tagesgestaltung wird durch die AG60 plus Jena und SPD Stadtratsfraktion Jena übernommen. Und so soll der Tag ablaufen:

- 07:56: Abfahrt in Erlangen, Gleis 1.
- 09:52: Ankunft Jena Paradies
- 11.00: Begrüßung im alten und neuen SPD-Haus am Teichgraben 4
- 11.30: Besichtigung der Stadtkirche
- 13.30: Mittagessen im „Roten Hirsch“
- 14.59: Abfahrt mit Straba-Linie 4 Richtung Zwätzen nach Jena-Nord
- 15.08: Ankunft Haltestelle „Altenburger Straße“: Besichtigung des

Neubaugebietes Merseburger Straße (ehemaliges sowjetisches Kasernengelände): Wohnquartier „Nordlichter“; Christliches Gymnasium, Senioren-Spielplatz; Jugendzentrum Jena-Nord, Montessori-Schule

- 17.30: Treffen (u.a. mit Senioren des Wohngebietes) in der Begegnungsstätte, Closewitzer Str. 2
- 20.35: Abfahrt mit Buslinie 15 (Haltestelle vor dem Haus)
- 20.48: Ankunft Holzmarkt
- 21.17: Abfahrt Jena Paradies
- 23:11: Ankunft in Erlangen

Wegen der Fahrkarte und der Mitteilung über die Besucherzahl an unsere SPD-Freunde in Jena bitten wir um An-

■ **AG 60plus**

Vorsitzender:

Hartmut Wiechert
Telefon: 991232
Hartmut.wiechert@t-online.de

meldung bis spätestens 10. Juni bei Helga, Telefon 47866.

Schön wäre es, wenn sich außer dem Vorstand der 60plus-Arbeitsgemeinschaft noch weitere Genossinnen und Genossen zur Mitfahrt entschließen könnten!

Nach unseren Erfahrungen vom Be-

such unserer Genossinnen und Genossen aus Jena bei uns im Juli vergangenen Jahres, kann es nur interessant, schön und eine Bereicherung werden!

Für den Vorstand
Hartmut Wiechert

■ AsF

Sprecherinnen:

- Saskia Coerlin
scoerlin@hotmail.com
- Gunda Gerstenmeyer
- Hildegard Gröger
Telefon: 502415
- Birgit Hartwig
Telefon: 55939
Birgit.Hartwig@web.de
- Jule Mildenerger
Telefon: 23435
- Barbara Pfister
Telefon: 502481
barbara.pfister@fen-net.de

Liebe Genossinnen,
wir laden euch ein zur

Filmvorführung „Neonazistinnen“ mit anschließender Diskussion **Mittwoch, 9. Juni, 20 Uhr,** **Neustädter Kirchenplatz**

Der Film dauert ca. 20 Minuten. Anschließend wollen wir über das Thema diskutieren.

Informationen zum Film

„Neonazistinnen – Frauen in der Rechten Szene“. Ein Film von Andrea Röpke und Recherche Nord: Braunschweig 2006/2007

Junge Mädchen und Frauen stellen die „zweite Front“ der Neonazis. Sie wirken im Hintergrund und ziehen immer häufiger politisch die Fäden. Neonazistinnen sind dabei, wenn braune Kameraden aufmarschieren, sie gestalten NPD-Infotische und sorgen für nationalgesinnten Nachwuchs.

Ob als Straßenkämpferin, Gefährtin oder in der traditionellen völkischen Mutterrolle, weibliche Neonazis reprä-

sentieren eine Vielfalt an Lifestyles und Lebensvorstellungen. Ihre Anwesenheit soll für Stabilität innerhalb des nationalistischen Spektrums sorgen. Sie wollen nicht mehr nur die Freundin eines Neonazis sein.

Es gibt weibliche Rednerinnen, eine bekannte NPD-Liedermacherin und eine neue Frauenorganisation der Neonazi-Partei. selbstbewußte Frauen sehen sich in ihrer „biologischen Rolle“ zur „Erhaltung der weißen Rasse“ verpflichtet, nach dem Motto „Kinder für das deutsche Vaterland“. Der Schlüsselbegriff dieser Haltung liegt im Nationalsozialismus verwurzelt und nennt sich „Volksgemeinschaft“.

Dieser Film soll die Zwiespältigkeit der extrem rechten Szene im Umgang mit ihrem weiblichen Potential widerspiegeln und einen Blick hinter die Kulissen einer nur scheinbar gleichberechtigt agierenden Szene gewähren. Denn Sexismus, Gewalt und Unterdrückung sind an der Tagesordnung. Aussteigerinnen - die über ihr Leben im braunen Sumpf berichten - gibt es kaum. Sie schweigen aus Angst vor den Kameraden.

Für den Vorstand
Gunda

■ Jusos

Vorsitzende:

Michelle Starck
Telefon: 0177-6001980
mitch_ave@yahoo.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
die nächsten Juso-Termine sind am

- Dienstag, 8. Juni,
- Dienstag, 22. Juni,
- Dienstag, 6. Juli

jeweils um 20 Uhr im August-Bebel-Haus. Die Themen der Sitzungen bekommt ihr wieder wie üblich per Mail.

Wir wollen uns außerdem an den Aktionen gegen den NPD-Bunesparteitag in Bamberg am 5./6. Juni beteiligen. Auch dazu erhaltet ihr weitere Infos per Mail.

Sozialistische Grüße
Michelle

Protokoll der Juso-Sitzung vom 13.04.2010

1.Frauen:

Elena berichtet über die Gleichstellung in der EU; Besonders über jene in Dänemark. Der Text wird über den Verteiler geschickt

2.Aktuelles und Berichte:

- Karl erzählt von der Kandidatur Philipps für den Landesvorsitz der Jusos Bayern
- Julia und Philipp sollen zum Bundeskongress, da Elena ihre Kandidatur zurückzieht

3.Tagesthema. Geschichte des 1.Mai:-

Sven stellt seine Ergebnisse vor (kommt über den Verteiler)

4.Planung für die 1.Mai-Demo:

- Zuerst wird in Erlangen mitdemonstriert anschließend wird mehr oder weniger spontan entschieden, wenn die NS-Demo in Gräfenberg nicht zu Stande kommt, ob nun in Würzburg oder Schweinfurt mitdemonstriert wird.
- Es darf nicht mehr auf dem „Berg“ demonstriert werden, daher wird zum E-Werk „hindemonstriert“.
- Zur Art der Demonstration: Alle haben in möglichst Dicken Klamotten zu kommen. Bitte auch aus Eigenschutz Wechselklamotten mitnehmen
- 1.-Mai-Flyer: Veränderte Texte kommen per Mail

5.Sonstiges:

An Alle: Schickt bitte anhängen in einem Format welches alle „lesen“ können. D.h.: Die Dokument-Erweiterung, wie z.B. *.doc. *.doc kann von allen gelesen werden, *.docx kann nicht gelesen werden.

Protokoll: Sven Wille

Protokoll der Juso-Sitzung am 11.5.2010

1.Frauen!!!:

- Munib berichtet über einen Artikel in der Neon (wird via Email versandt)
- Der Artikel wird Abschnittsweise vorgestellt und kontrovers diskutiert
- Munibs Fazit: die Qualität der „Neon“ hat stark nachgelassen

2.Aktuelles und Berichte:

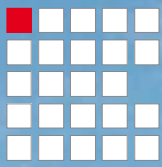
- Demonstration am 1. Mai: die Aktion war eine Steigerung im Vergleich zu der des letzten Jahres und wurde von der Presse sowie den anwesenden DemonstrantInnen gut wahrgenommen. Allerdings ist sie in der Masse der TeilnehmerInnen untergegangen.
- Wanderung: war lustig trotz geringer Beteiligung. Fazit: Aktionen dieser Art sollten öfter durchgeführt werden
- Die Anti-Atomkraft_Aktion des Juso-UB findet nun vorm P&C statt

3.Bundswahlkreiskonferenz

Themen, welche angesprochen werden sollten [werden unterteilt in Inhaltlich und Partei] und von den genannten Personen vorbereitet werden:

- Inhaltlich:
 - Gleichstellung -> Julia
 - Wipo -> Carl?/ Munib?
 - Frieden und Abrüstung -> Carl
 - GG-Atomenergie -> ?
 - Hartz IV etc -> Andreas
- Parteiintern:
 - Linkspartei -> Munib
 - Parteidemokratie & Sinn der BWK -> Sven W. (& Julia [Sinn der BWK])
 - Der „Rechtsruck“ der SPD -> Munib
 - Zusammenarbeit mit NGOs -> Julia
 - Glaubwürdigkeit & „Wählergeilheit“ -> Andreas

Protokoll: Sven Wille



SPD Fraktion
im Stadtrat Erlangen

Trotz Krise Erlangens Zukunft gestalten!



Dr. Wolowicz, Kämmerer der Stadt
München zeigt Handlungsspielräume
in Zeiten leerer Kassen auf.

30.06.2010 um 19 Uhr 30
in der Clubbühne, E-Werk

V.i.S.d.P.: Dr. Florian Janik, SPD-Stadtratsfraktion, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Erlangen

SPD